



Regierungsratsbeschluss vom 17. August 2021

Ratschlag Erneuerung des Staatsbeitrags "Aids-Hilfe beider Basel" (AHbB)
für die Jahre 2022-2025

P211053

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Die Aids-Hilfe beider Basel (AHbB) ist die einzige Institution, die im Kanton Basel-Stadt spezialisierte Präventionsarbeit zu HIV/Aids und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten (STI) leistet. Neben der Beratung und Unterstützung von betroffenen Menschen und deren Nächsten erbringt die AHbB insbesondere Präventionsleistungen namentlich für die schwer zugängliche Gruppe der Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter, die sehr häufig einen Migrationshintergrund aufweisen, sowie für die Gruppe der Freier. Das Leistungsangebot der AHbB ist umso wichtiger als zum einen die Zahl der HIV-Neuansteckungen in den letzten Jahren nach einer früheren Abnahme stagniert und zum anderen die Zahl der Infektionen mit den übrigen sexuell übertragbaren Krankheiten in den letzten Jahren deutlich angestiegen ist. Damit die AHbB ihr Leistungsangebot auch weiterhin dem Bedarf entsprechend zur Verfügung stellen kann, soll der Ende 2021 auslaufende Vertrag zur Ausrichtung eines Staatsbeitrags mit der AHbB erneuert werden. Dazu beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat die Bewilligung von Ausgaben für einen Staatsbeitrag an die AHbB für die Jahre 2022–2025 in bisheriger Höhe von jährlich 428'000 Franken.

